

## Abenteuerspielplatz fehlt Spannungen nehmen wieder zu



Seit 1996 weigert sich das entsprechende Fachamt der Stadtverwaltung und der Kämmerer, eine Bedarfsanalyse für einen Abenteuerspielplatz (ASP) für Odenkirchener Kinder zu erstellen.

**Termin: 07.05.2009 wählen gehen !!!**

13 Jahre wartet nun schon die Bezirksvertretung auf die Umsetzung eines damals einstimmig gefassten Beschlusses. Für die erstaunten Bürger und Bürgerinnen stellt sich möglicherweise die Frage, wieso die Verwaltung einen aus der Politik erhaltenen Arbeitsauftrag nicht umsetzt.

Ganz einfach: Die Verwaltung sitzt diese Angelegenheit aus. Die Folgen fehlender Präventivmaßnahmen sind verheerend: Immer mehr Kinder sind in den vergangenen Jahren in Heimen bzw. Pflegefamilien untergebracht worden. Die Kosten dafür sind förmlich explodiert. Da dies jedoch Pflichtaufgaben sind, müssen solche Kosten übernommen werden, während vorbeugende Maßnahmen - z.B.: das Betreiben von ASPs - als freiwillige Leistungen nicht genehmigt werden.

An den Hochhäusern „Zur Burgmühle“ zeigt sich im Moment eine beunruhigende Entwicklung: Grundschul Kinder sind teilweise bis 23.00 Uhr draußen anzutreffen.

Von dem versprochenen „Streetworker“ fehlt seit geraumer Zeit jede Spur. Die von der Hausverwaltung schon seit langem der Stadt für Betreuungs- und Beratungsmaßnahmen kostenlos angebotene Wohnung wurde vom Jugendamt mit dem Hinweis auf das Jugendheim „Villa“ ausgeschlagen. Die örtliche Polizei hatte dafür keinerlei Verständnis. Jegliche Prävention durch das Jugendamt wird zur Zeit seitens der Hausverwaltung vermisst. Die Konflikte und Aggressionen nehmen wieder zu.

Die LiLO fordert, dass die ausstehende Bedarfsanalyse für einen ASP kurzfristig erstellt wird. Sollte ein Bedarf ermittelt werden, muss eine Lösung zur

Errichtung eines solchen Angebotes gefunden werden. Die Verwaltung und die Mehrheitsparteien sind sehr flexibel: So schafften sie es, nicht genehmigungsfähige Infrastrukturmaßnahmen zugunsten des geplanten Einkaufszentrums (ECE) vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf als „Stadtreparatur“ genehmigt zu bekommen. Aus unserer Sicht muss es auch möglich sein, unter einem Begriff wie z.B. „Sozialreparatur“ Gelder bewilligt zu bekommen.

Die LiLO wird die CDU an ihren Antrag aus der letzten Ratssitzung erinnern: „Der Rat bittet die Verwaltung, bei zukünftigen Rats- und Ausschussvorlagen, die Folgen für Familien und Kinder haben könnten, die Auswirkungen des Beschlusses im Hinblick auf Kinder- und Familienfreundlichkeit darzustellen“. Im Bezug auf das Aussitzen seitens der Verwaltung beim Erstellen der geforderten Bedarfsanalyse wird hier allerdings der Bock zum Gärtner bemacht.

### **Kölner Straße: Übergang zu weit entfernt**

Immer wieder ist zu beobachten, dass Fußgänger die Kölner Straße außerhalb der Übergänge überqueren, da diese zu weit auseinander liegen.

Die Kölner Straße ist stark befahren und wird auch von Schulkindern der Grundschule Burgbongert häufiger außerhalb der Ampelanlagen überquert.

Die LiLO hat deshalb in der Sitzung der Bezirksvertretung die Verwaltung um Überprüfung der Verkehrssituation gebeten.

---

## SCHUTZSCHIRM FÜR MENSCHEN !



Von Bernhard Clasen, DIE LINKE.  
Mönchengladbach, Sprecher

Liebe Mönchengladbacherinnen, liebe Mönchengladbacher.

Am 7. Juni 2009 wird das Europaparlament neu gewählt.

Als Mönchengladbacher Kandidat der bundesdeutschen Kandidatenliste der LINKEN für die Europawahl bitte ich Sie herzlich: **Gehen Sie am 7. Juni wählen!**

Helfen Sie mit, gemeinsam mit der LINKEN ein soziales, ökologisches, friedliches und gerechtes Europa zu gestalten!

Noch ist das Europa der „Europäischen Union“ in erster Linie ein Europa der Konzerne, Regierungen, neuer Aufrüstung und Abschottung gegen Flüchtlinge.

Nur die LINKE kämpft für ein soziales Europa mit ökologischen, friedlichen und sozialen Standards.

Nur die LINKE artikuliert sich gegen den Casinokapitalismus, die von den Regierungen der EU geforderte weitere Aufrüstung, und eine weitere Orientierung der Europäischen Union an den Interessen des internationalen Kapitals.

Nur die LINKE setzt sich für einen Schutzschirm für die Menschen ein.

Deswegen erlauben Sie mir noch eine zweite Bitte:

**Geben Sie am 7. Juni ihre Stimme der LINKEN.**

Ihr Bernhard Clasen

Persönliches:

ich bin 51 Jahre alt, von Beruf Übersetzer und Dolmetscher für Russisch und Journalist.

Ich bin Sprecher der LINKEN Mönchengladbach und stehe auf Platz 30 der Liste der LINKEN Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl.

Seit 1988 wohne ich im Zentrum von Mönchengladbach-City.

Hartz IV-Tipp.

Mit der Praxis der Behandlung der Heizkosten durch die ARGE und auch der Grundsicherungsstelle der Stadt Mönchengladbach beschäftigt sich ein neuer Flyer der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach.

Der Flyer legt dar, dass Pauschalen als Obergrenze für die Heizkosten nicht geeignet sind, die unterschiedliche Beschaffenheit der Wohnung der Betroffenen zu erfassen. Werden die Heizkosten als unangemessen abgelehnt, rät die Partei DIE LINKE. Mönchengladbach unbedingt zum Widerspruch gegen den Bescheid. Gegebenenfalls auch zur Klage vor dem Sozialgericht Düsseldorf.

Der Flyer ist auf der Burgstraße 4, 41199 Mönchengladbach (Odenkirchen) erhältlich.

Er kann auch unter der Nummer 02166-9792243 bestellt werden.“

## Wahl zum Europaparlament

Am 7. Juni 2009 finden die Wahlen zum Europaparlament statt. DIE LINKE. ruft alle, die an einem sozialen, friedlichen, demokratischen und humanen Europa interessiert sind, auf, an der Wahl teilzunehmen, und ihre Stimme der Kraft der Veränderung zu mehr Gerechtigkeit, Sozialismus, Frieden und Humanität zu geben.

Vier Gründe, warum man/frau am 7. Juni 2009 DIE LINKE. wählen soll:

### 1. DIE LINKE. kämpft für ein soziales Europa

Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Im Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben haben sie den nationalen Standortwettbewerb gefördert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der europäischen Staaten gegeneinander ausgespielt.

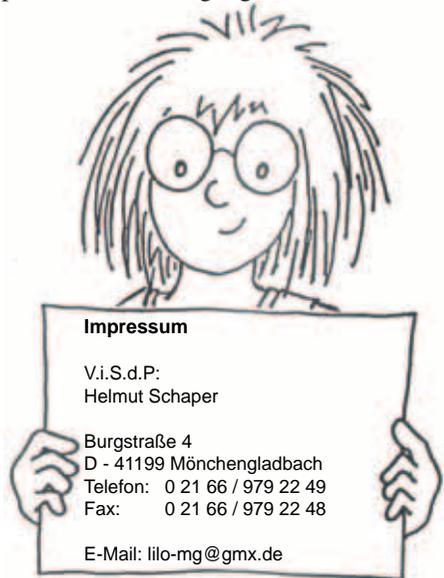
Die EU verfügt über einen der größten Binnenmärkte der Erde. Der Anteil der Im- und Exporte am Bruttoinlandsprodukt der EU-27 beträgt nur knapp 10 Prozent. 90 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung finden also in der großen EU-Binnenwirtschaft statt. Die Orientierung des EU-Vertrages und der europäischen Wirtschaftspolitik auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ ist vor diesem Hintergrund weder ökonomisch stichhaltig noch gesellschaftspolitisch sinnvoll.

Die EU muss deshalb ihre einseitige Fixierung auf Exportsteigerung aufgeben und eine nachhaltige, sozial-ökologische Gestaltung der europäischen Binnenwirt-

schaft und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zum Kern ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik machen. So kann sich die EU aus der neoliberalen Globalisierungsfalle herauswinden und dabei gleichzeitig zu einem attraktiven Entwicklungsmodell in der Welt werden.

Die im Jahr 2000 verabschiedete und 2005 „erneuerte“ Lissabon-Strategie soll die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Damit wurden ein gnadenloser Kostensenkungswettlauf und Standortwettbewerb sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft.

Dies führte in der EU bis zur Wirtschaftskrise 2008 zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, einer wachsenden Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, dem Wachstum von prekärer Beschäftigung und Armut sowie



wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft. 2010 wird die EU eine abschließende Bilanz ihrer Lissabon-Strategie vorzulegen haben. Das völlige Scheitern dieser Strategie ist schon jetzt offenkundig.

Der Einfluss der EU auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist groß.

Beispiele sind die (nur durch massive Proteste entschärfte) Bolkestein-Richtlinie, die durch eine Liberalisierung der Dienstleistungen zu einem europaweiten Sozialdumping führt und auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) in den Fällen Viking, Laval, Rüffert und Luxemburg, die das Streikrecht untergraben haben oder es einzelnen Bundesländern untersagen, Sozialstandards einzuhalten, weil das die Kapitalfreiheit gefährden würde.

Sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, würde die kapitalistische Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung primärrechtlich festgeschrieben („offene Marktwirtschaft mit unverfälschtem Wettbewerb“).

## **2. DIE LINKE. kämpft für ein demokratisches Europa**

Leider hat das Europäische Parlament, das am 7. Juni gewählt wird, viel weniger zu sagen hat, als die Europäische Kommission oder der Europäische Rat, die nur sehr eingeschränkt demokratisch legitimiert sind. Damit geht mit einer Verlagerung auf europäische Ebene gegenwärtig immer ein Stück Entdemokratisierung einher.

Das Europäische Parlament hat kein Initiativrecht, kann also keine Gesetze schreiben. Dies kann nur die Europäische Kommission.

Auch der Lissabonvertrag sieht keine Erweiterung der Gesetzgebungsfunktionen vor.

DIE LINKE. sagt „Nein“ zum Lissabonvertrag und begrüßt die Ablehnung dieses Vertrages durch die irische Bevölkerung.

DIE LINKE. fordert stattdessen eine demokratische Neugründung der EU mit Volksabstimmungen in allen Ländern.

## **3. DIE LINKE. ist für ein friedliches Europa**

*Die EU rüstet militärisch auf.*

Im geplanten Lissabon-Vertrag heißt es: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“

Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (im Folgenden „Europäische Verteidigungsagentur“) ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.“ (Art 42.3)

Der Reformvertrag schreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine Militarisierung für die Europäische Union fest. Im Artikel 27.3 wird die Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten festgelegt; im zukünftigen Artikel 27.7 die NATO als Bezugsrahmen für die EU-Militärpolitik ausdrücklich erwähnt.

---

### *Aufrüstungsverpflichtung*

Die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrags hat ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden. Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

#### **4. DIE LINKE. tritt für ein humanes Europa ein**

in dem die Menschenrechte nicht nur in schönen Sonntagsreden proklamiert, sondern auch umgesetzt werden.

200 Afrikaner ertranken am 31. März 2009 bei ihrem Versuch, mit einem Schiff in die EU zu gelangen. Wieviele Menschen bei ihrem Versuch, nach Europa einzuwandern, im Mittelmeer ertrunken sind, weiß niemand. Die Schätzungen reichen von einigen tausend bis zu 20 000 oder gar 30 000 Toten.

In den bei den Auffang- und Abschiebelagern der italienischen Insel Lampedusa sind unter menschenunwürdigen Bedingungen derzeit 720 Personen untergebracht. Ab 15. Mai, so der italienische Innenminister Maroni, solle sich alles „verbessern“. Dann tritt ein Abkommen mit Libyen in Kraft, das unter anderem italienisch-libysche Patrouillen vor der Küste des nordafrikanischen Landes vorsieht.

An der Festung Europa wird fleißig weiter gebaut.

Nur die LINKE. kämpft gegen diese neue Mauer an den Außengrenzen Europas,

Jahr für Jahr sterben tausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung, Armut, Naturkatastrophen und Kriegen an den hoch auferüsteten und streng bewachten Außengrenzen der EU, vor allem im Mittelmeer.

Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX.

Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr „illegaler“ Migration fordert DIE LINKE. eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.

## Seminar im Osten

Vom 30.4.09 – 3.5.09 nahmen Mitglieder der LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach und Mitglieder des Arbeitskreises Kommunalpolitik der Partei DIE LINKE. an einem kommunalpolitischen Seminar in Crimmitschau teil.



als ein Teil der Oppositionsparteien im Rat der Stadt Mönchengladbach.

Angesichts der Summen, die den Banken und Versicherungen zur Verfügung gestellt werden, wurde das Konjunkturpaket II als unterfinanziert beurteilt.

PDS bzw. jetzt Die LINKE. veranstalten seit 19 Jahren diese Seminare. Wechselseitig finden sie in Crimmitschau oder in Mönchengladbach statt.

Schwerpunkt des Seminars war die Haushaltspolitik unter dem Gesichtspunkt von Kommunen, die unter einem Haushaltssicherungskonzept stehen und die Bewertung des Konjunkturpaketes II.

Im Rahmen des Seminars fand ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Werdau, Herrn Ralf Tittmann (DIE LINKE.), statt. Darin wurden die unterschiedlichen Ansätze für die Haushaltspolitik erörtert. Werdau mit einem Oberbürgermeister der Partei DIE LINKE. und einer bürgerlichen Mehrheit im Rat einerseits und die Ausgangsposition der LiLO

Ratsherr Helmut Schaper übergab dem Oberbürgermeister, Ralf Tittmann, einen Bildband von Mönchengladbach als Gastgeschenk.

Zum Rahmenprogramm des Seminars gehörte der Besuch des IFA-Nutzfahrzeug-Oldtimertreffens und des Töpfermarktes in Crimmitschau/Gablenz mit AusstellerInnen aus der gesamten Bundesrepublik.

Wolfgang Spiegelberg, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Crimmitschau, stellte im Abschlussgespräch noch einmal dar, wie wertvoll die Gespräch zwischen unterschiedlichen Partnern aus den neuen und alten Bundesländern sind. Das Wort von Willi Brandt: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört“ kann aus seiner Sicht nur verwirklicht werden, wenn miteinander gesprochen und nicht übereinander geredet wird.

---

---

## EWMG, WFMG und MGMG Rekommunalisieren

Nachdem Aufgaben, die in der Stadtverwaltung angesiedelt waren, Stück für Stück in Gesellschaften ausgegliedert und damit auch der Einflussmöglichkeit des Rates entzogen wurden, wollen nun CDU und FDP diese drei Unternehmen EWMG, WFMG und MGMG zu einer Gesellschaft zusammenführen. Ein entsprechender Beschluss wurde im Rat der Stadt gefasst.

Als Begründung weist die CDU darauf hin, alle drei Gesellschaften hätten eine gute Arbeit für die Stadt Mönchengladbach geleistet. Des Weiteren, dass durch die Zusammenlegung der drei Gesellschaften in einem Gebäude Einsparungen zu erzielen seien. Vermutlich haben CDU und FDP schon ein Grundstück im Auge, das bebaut werden kann.

**Erwerbslosen-Frühstück**  
**Freitag 05.06.2009 ab 10:00 Uhr**  
**LiLO - Linke Liste Mönchengladbach**  
**Burgstrasse 4 / Odenkirchen**

Und schon jetzt können Wetten abgeschlossen werden, wer demnächst von der CDU bei der Vergabe von Aufträgen für dieses neue Gebäude oder die Renovierung als „befangen“ bei Beratungen den Saal verlässt.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach hat empfohlen, die gute Arbeit zunächst einmal zu überprüfen. Aus Sicht der LiLO sieht das Fazit zumindest bei der EWMG anders aus:

Zu teuer, nicht effektiv und wenig transparent.

- Eine Kosteneinsparung hat es seit der Ausgliederung aus dem Liegenschaftsamt nicht gegeben.
- Die EWMG macht in der Öffentlichkeit mit Versorgungsposten für Politiker, mit Grundstücksgeschäften für Verwandte, mit dilettantischen Fehlern bei Pachtverträgen von sich reden.
- Erfolgreich kann die Arbeit der EWMG in Bezug auf das alte Stadttheater und den Verkauf der Grundstücke am alten Bökelberg nur sehen, wer eine rosarote Brille trägt.
- Für die fehlende Transparenz spricht, dass bis heute die Ratsmitglieder keinen Überblick über die Grundstücke haben, die die EWMG vermarkten bzw. weiter entwickeln soll.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus stimmte die LiLO auch dem Antrag der FWG zu, dass die Verwaltung zuerst einmal den Nachweis der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit der Ausgliederung dieser Gesellschaften seit ihrer Gründung darstellen soll. CDU und FDP lehnten diesen Antrag ab.

Die LiLO ist für eine Rekommunalisierung im Sinne einer Rückführung der Gesellschaften in den Bereich der Verwaltung.

Für uns ist nicht einsichtig, dass MitarbeiterInnen aus dem Liegenschaftsamt nur dann bessere Arbeit leisten können, wenn sie in einer ausgegliederten Gesellschaft arbeiten. Eine Rückführung würde zudem die Entscheidungsbefugnis des Rates erhöhen und für mehr Transparenz sorgen.

---